

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustandort: Nachrichten Dresden
Bismarck-Strasse 10
Telefon: 10011
Abteilung u. Hauptredaktion:
Dresden - N. 1, Waisenstraße 28/29

Bezugspreise bei regelmäßiger Zustellung monatlich 2.80 RM. (einschließlich 75 Wfa. für Telegramm- und Postgebühren). Einzelhefte 30 Wfa. (einschließlich 10 Wfa. für Telegramm- und Postgebühren). Einzelhefte 30 Wfa. (einschließlich 10 Wfa. für Telegramm- und Postgebühren). Einzelhefte 30 Wfa. (einschließlich 10 Wfa. für Telegramm- und Postgebühren).

Verlag: Neff & Neff
Dresden, Bismarck-Str. 10
Telefon: 10011
Abteilung u. Hauptredaktion:
Dresden - N. 1, Waisenstraße 28/29

Vorgehen gegen Rotfront in Preußen

Ein politisches Ablenkungsmanöver

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. April. Nachdem es der preussischen Regierung durch weitgehende Farnung des Reichsbanner gelangung war, zum mindesten die Kreise im Groener von der Ungefährlichkeit und der „Legalität“ der Rotfront zu überzeugen, hat sie heute erneut eine Aktion unternommen, die als politisches Ablenkungsmanöver anzusehen ist. Die preussische Polizei unternahm nämlich am Dienstagvormittag eine überraschende Aktion gegen gewisse Bestrebungen der kommunistischen Partei, die illegaler Natur sein sollen. An preussischer Stelle verläutet, daß die Behörden darüber unterrichtet seien, daß die R.P.D. neuerdings wieder sehr intensiv im geheimen die Fortführung und den Wiederaufbau des vor zwei Jahren verbotenen Rotfrontkampfbundes betreibt.

Durch die Vollziehung soll entsprechendes Material sichergestellt werden mit der Absicht, diesen Bestrebungen Einhalt zu gebieten.

In Berlin wurden an etwa 30 verschiedenen Stellen die Mäntel der kommunistischen Organisationen von harten Polizeikräften besetzt und eine Durchsuchung der Büros vorgenommen, wobei zahlreiches Material beschlagnahmt und sichergestellt wurde. Die Aktion richtete sich hauptsächlich gegen die Organisation der sogenannten „Antifaschistischen Garde“, deren Führer- und Betriebsstellen bei kommunistischen Demonstrationen, so erst kürzlich anlässlich der Reichspräsidentenwahl im Volkspark mit anmarschiert waren. Des weiteren erstreckte sich die Durchsuchung auf die Verbände der sogenannten „roten Sportler“, die in der Kampfgemeinschaft für rote Sportler“ zusammengefaßt sind. Hier war es hauptsächlich der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Arbeitervereine der Polizei auf sich lenkte, weil die Schließungen von der Organisation als „Ehrspott“ bezeichnet werden. Die Durchsuchungen waren in den Mittagsstunden im wesentlichen beendet. Waffen oder Munition sind

nicht gefunden worden. Beschlagnahmt wurde verschiedenes Schrift- und Druckmaterial, das nach dem Polizeipräsidenten beschlagnahmt wurde, um hier einer gründlichen Prüfung unterzogen zu werden.

Dieses Vorgehen der preussischen Regierung soll offenbar im Reichspräsidentenpalais Eindruck machen. Außerdem will man das öffentliche Interesse vom Reichsbanner und dessen Bestrebungen wegziehen und es an eine Stelle lenken, wo eine akute staatspolitische Gefahr nach Lage der Dinge nicht in Frage kommt. Auf der rechten Seite man diese Aktion sofort durchführt und hält deshalb mit Mäßigkeit an den Bestrebungen fest, die zu einem Verbot des Reichsbanners führen sollen. Man fürchtet,

daß hier die Nachprüfung in die Länge gezogen wird, und daß das Reichsbanner unbeschädigt aus der Aktion des Reichspräsidenten hervorgeht, die ja von Groener bereits weitgehend illusorisch gemacht worden ist.

Ueber das Reichsbanner wird täglich neues Material bekannt. So veröffentlichte heute der „Volk-Anzeiger“ ein weiteres Dokument über den militärischen Charakter der Privatarmee, Reichsbanner genannt. Es ist dies ein Brief, der folgenden Wortlaut hat: „Du trittst am Sonntag, dem 8. Februar 1931, um 8.30 Uhr pünktlich Strausberger Platz an. Volles Marschgeschick (Danzler, Brotbeutel, Essen für einen Tag); technische Übung in Brotbacken unter Leitung der Kameraden Dr. Gausbach, Volkspolizeuführer Rantzsch und Ratzsch.“ Dieses Dokument ist um so interessanter, als es sich bei dem Kameraden Dr. Gausbach um den früheren Redakteur der sozialdemokratischen „Danziger Volkszeitung“ und jetzigen Presschef des Berliner Polizeipräsidenten Gregeffski handelt.

England erhöht seine Zollmauern weiter

London, 19. April. Das Kabinett war gestern Abend zu einer Sitzung zusammengesetzt, in der es sich mit Budget- und Zollfragen befaßte. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, scheint es zwischen den Ministern zu Meinungsverschiedenheiten gekommen zu sein. Jedenfalls dürfte der Beratende Ausschuss für Einfuhrabgaben den für heute erwarteten Bericht erst gegen Ende der Woche veröffentlichen. Zu diesem Bericht schreibt „Times“:

er werde neue Zollvorschlage enthalten, die eher den Charakter von Schutzzöllen als von Finanzzollen trägen.

Der Ertrag dieser Zölle werde daher relativ gering sein, denn auch nicht so gering, daß er Snowden und die liberalen Minister, die mit der Tarifpolitik des Kabinetts nicht einverstanden sind, nicht beunruhige. Die liberalen Minister hatzen gestern Abend bereits ihrer Besorgnis Ausdruck gegeben, wenn sie auch noch nicht von ihrer Demission gesprochen hatzen. — „Daily Telegraph“ will sogar wissen, daß die Zollbehörden in den Halen benachrichtigt worden sind, daß in den nächsten Tagen Zollhandlungen einstreuen werden. Das Blatt erwartet, daß der Schatzkanzler bereits heute die neue Zollregelung in großen Zügen bekanntgeben werde.

In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die neue Zollverfugung möglicherweise unter anderem einen Schutz von 33 1/2 % für Stahl und Eisen vorsehen werde.

Polnischer Vorstoß gegen deutsche Einfuhr

Warschau, 19. April. Während sich sogar die nationaldemokratischen Blätter in ihrer Kritik über die deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlung einer leidlichen Jurisdiktion befleißigen, wendet sich der regierungstreue „Kurjer Gierwony“ mit einer herausfordernden Kritik gegen die Deutschland legierten Kontingente. Unter der Ueberschrift „Schluss mit der Einfuhr deutscher Maschinen — Die Einfuhr muss schnell rationalisiert werden“, erklärt das Blatt, offenbar nicht ohne entsprechende Beeinflussung von maßgeblicher Seite: „Es liegt nicht in unserem Interesse, daß Deutschland, das bestrebt ist, die Einfuhr aus Polen restlos zu unterbinden und darum nicht verdient, als ein guter und loyaler Klient genannt zu werden, auch weiterhin unser Hauptimporteur bleibt, zumal Polen bei diesem Warenstandort infolge seiner passiven Handelsbilanz noch auszuholen muss. Durch die letzte Verhandlung wird dieser für uns unangunstige Zustand aufrecht erhalten. Dieser Zustand kann indes nur dadurch abgeandert werden, daß Polen seine Einfuhr auf andere Länder, beispielsweise England, umstellt; denn dann erst wird das Gleichgewicht in den deutsch-polnischen Handelsbeziehungen hergestellt werden.“

Kritik des Staatsanwaltes an der Raiffeisenbank

Berlin, 19. April. In dem Prozeß gegen Uralseff und den Hrn. Dr. Furk wegen Betrugs gegenüber der Raiffeisenbank nahm heute mittag Staatsanwaltschaftsrat Schumacher das Wort zur Vertretung der Anklage. Einleitend übte er sehr scharfe Kritik an der ehemaligen Leitung der Raiffeisenbank. Wenn man für Darlehen 40 bis 50 Prozent, in einzelnen Fällen bis zu 100 Prozent Zinsen nehme, so führe er aus, dann könne man nicht glauben, daß ein Kaufmann, der so hohe Zinsen zahle, auch vollste Sicherheit geben könne. Die Bank sei so schlecht organisiert gewesen, daß die leitenden Verantwortlichen sich gar nicht um die Millionenkredite, die vergeben wurden, kümmern konnten. Uralseff könne man nicht allein die Schuld an dem Zusammenbruch der Raiffeisenbank aufheben. Der Fall Uralseffs bilde nur einen Bruchteil der Gesamtverluste der Bank.

Zweihundert Kilometer Wasserwulle

Belgrad, 19. April. Während sich die Blätter bisher in der Berichterstattung über die Ueberschwemmung in Serbien große Jurisdiktion auferlegt hatten, wies sie heute auf den beispiellosen Umfang des Unglücks hin. Die „Breme“ spricht von einem neuen Panonischen Meer, das zwischen Belgrad und Brod an der Save in einer Länge von fast 200 Kilometer entstanden sei. Aus dieser ungeheuren Wasserwulle ragen nur die Daher der Dauer in den Städten und Dörfern wie Inseln hervor. Vom Flugzeug aus gesehen, gleiche Slawonien einem riesigen Archipel mit Tausenden von Inseln und Kanälen. Die Bevölkerung habe nicht uberal in Sicherheit gebracht werden können. Tausende von Menschen lahen noch in ihren Häusern, der Bergweissung und dem Hunger preisgegeben. Sie seien betnabe verloren, da niemand es wagen könne, ihnen Hilfe zu bringen.

Munitionsdopet in die Luft geflogen

Zofia, 19. April. In den frühsten Morgenstunden ist heute ein Munitionsdopet in die Luft geflogen, das in einem der Hubelzeuge von Zofia liegt. 60 Hufer wurden teilweise zertrumert, zahlreiche Personen erlitten Verletzungen.

Der erste Entschluss von Bedeutung in Gen

Die Gegensätze bestehen fort

Von unserem nach Gen entsandten W.-E. Sonderberichterstatter

Gen, 19. April. Wie zu erwarten war, wurde heute vormittag die gestern Abend vom Redaktionskomitee beschlossene Neufassung der tschechisch-belgischen Entschließung, wonach für die Abwicklung grundsätzlich Etappen vorgeesehen werden, vom Hauptaususs einstimmig angenommen.

Damit hat die Konferenz eine erste wichtige Entscheidung getroffen.

In deutschen Konferenzkreisen ist man befreitigt darüber, daß es Abolung gelungen ist, die ursprüngliche Resolution mit dem Zusatz zu versehen: „Nachdem die tagende Konferenz die erste entscheidende Etappe für eine Abstandnahme auf einen möglichst niedrigen Stand erfüllt hat.“ In der Frankfurter zugehörigen Presse aber kann man heute schon lesen, daß dieser Zusatz gar nicht so bedeutend, denn nun müsse man natürlich erst noch beschließen, was eine entscheidende Etappe sei und welcher Stand unter den heutigen Verhältnissen als „möglichst niedrig“ zu gelten habe. Tatsache bleibt, daß gerade die Betonung einer ersten entscheidenden Etappe die Aufmerksamkeit auf sich zieht, daß auch noch andere entscheidende Etappen folgen müssen.

Daß also wichtige Teile der Abwicklung durch die erste Konferenz angeklert bleiben sollen.

Der Wortlaut läßt weiter erkennen, daß sich der „möglichst niedrige Stand“ in all seiner Deutbarkeit nicht einmal auf die erste Etappe, also auf das Ziel dieser Konferenz, sondern nur auf das Ende bezieht, das durch Summierung aller Etappen erst erreicht werden soll. So bleibt die grundsätzliche deutsche Zustimmung zu einer Abstandnahme in Etappen in all ihren Gefahren und Bedenken als einziges greifbares und sicheres Ergebnis bestehen.

Wie ernst diese Gefahr ist, sollte sich auch heute sofort im Hauptaususs zeigen. Als erster Redner erhob sich nämlich ein neuer Trabant Frankreichs, der Humane Titulescu, und forderte, daß ein soeben eingereichter neuer tschechischer Vorschlag (diesmal leider unterstützt von Norwegen, Schweden und Spanien) mit dem soeben angenommenen Etappenplan verbunden und gleichzeitig abgelehnt werden soll. Dieser neue Vorschlag bestimmt, daß die Verabreichung der Abstandungen an denjenigen möglichst niedrigen Stand zu erfolgen habe, der mit der nationalen Sicherheit und der Erhaltung internationaler Verpflichtungen durch gemeinsame Aktionen zu vereinbaren sei. Auch müssten die besonderen Umstände jedes Staates berücksichtigt werden.

Aus diesem Wande und in dieser Form bedeuete der Antrag natürlich nicht anders, als die Einschaltung und Annahme der alten tschechischen Sicherheitsforderungen.

Nachdem gestern Benesch den entscheidenden Schluss gefaßt und politisch als Vorsitzender des Redaktionskomitees weitergewirkt hatte, spielen heute Benesch und Titulescu offen zusammen. Die tschechische Gruppe, zu der die genannten drei Männer vornehmlich gerechnet werden müssen, sabotieren also planmäßig und geschickt jede schnelle und ernste Abwicklung.

Es war notwendig, daß Grandi alsbald sich erhob und Bedenken gegen Titulescus vorbrachte sowie einen Gegenvorschlag einreichte, der allerdings auch nicht ganz klar und eindeutig ist. Scharfer war ein Einspruch Titulescus gegen die durchschlugigen Interpretationspunkte Titulescus und seiner Gruppe. Der deutsche Delegierte Radolny tritt nicht ein.

Der Streit um diesen Punkt wurde dann vorläufig abgebrochen, und Titulescu erhielt Gelegenheit zu einer längeren vorbereitenden Rede auf der Grundlage der heutigen Tagesordnung „Kriterium der Abstandbegrenzung und Abstandserhebung“, die kurz in Einzelheiten aus und kaum praktische Ausblicke brachte. Als dann der Spanier das Wort ergriff, erlahen unter allgemeiner Aufmerksamkeit der amerikanischen Staatssekretär Stimson im Saal. Der deutsche Reichskanzler nahm dagegen auch heute nicht an der Sitzung teil. Er empfangt am Vormittag den ungarischen und holländischen Außenminister; am Nachmittag wird Stimson bei ihm zum Tee sein.

Nach dem Spanier ergriff der deutsche Vertreter, Radolny, zu einigen kurzen Bemerkungen das Wort. Dann trat endlich der Drahtzieher der tschechischen Gruppe, Paul Boncour, aus der Rühle heraus und sprach seinen Protest aus. Er will natürlich den Abstandartikel des Völkerbunds paktes noch sarker interpretiert haben in Richtung auf Sicherheit und internationale Aktion. Der bekannte tschechische Plan steht dabei im Hintergrund. Sofort wird es wieder klar, daß die großen Gegensätze unermindert fortbestehen.

Reichskanzler Dr. Bruning wird am Sonntagabend für kurze Zeit Gen verlassen, um am Sonntag in Zigmaringen seiner Wahlpflicht zu genügen.

Die deutsche Sejmwahlfrage abgewiesen

Warschau, 19. April. Das oberste polnische Gericht hat gestern die von den polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität eingebrachte Klage gegen die Sejmwahlen im Bezirk Grawenz, Konik, Tschel abgewiesen. Bekanntlich war wegen angeblicher formaler Verstöße die deutsche Liste bei den Sejmwahlen 1930 nicht zugelassen worden.

„Graf Zeppelin“ vollständig funktionslos. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog Grawenz am Montag um 23 Uhr (Ortszeit).